

## **Wortprotokoll zu TOP 17, 20, 30 und 36**

## Öffentliche Sitzung

### **Hauptausschuss**

29. Sitzung  
7. Dezember 2022

Beginn: 12.06 Uhr  
Schluss: 16.01 Uhr  
Vorsitz: Stephan Schmidt (CDU), stellvertretender Vorsitzender

**Vorsitzender Stephan Schmidt:** Ich rufe auf

### Punkt 17 der Tagesordnung

Austauschfassung zur roten Nummer 0643:  
Bericht SenUMVK – VI E 2 – vom 31.10.2022  
**Bearbeitungsdauer von Anträgen zur  
Straßenlandsondernutzung wegen  
Baustelleneinrichtungen  
hier: Beantwortung der Fragen der Fraktion der  
CDU**

[0643-1](#)  
Haupt

Gibt es Wortmeldungen? – Bitte schön, Herr Goiny!

**Christian Goiny** (CDU): Vielen Dank! – Die Frage war ja, welche konkreten Maßnahmen und Änderungen von Rechtsvorschriften erforderlich sind, um die Bearbeitungsdauer von Anträgen zu verkürzen. In weiten Teilen Ihrer Antwort stellen Sie uns da, wie momentan ein Vorgang jeweils zu bearbeiten ist, was noch nicht so richtig die Frage beantwortet. Dann gibt es aber einen Satz in der Vorlage, wo man das Gefühl hat, Sie antworten auf die Frage, der ist aber in der Version, die ich habe, durchgestrichen. Ist das ein Versehen? Ist das Absicht? Woran liegt das? Es handelt sich um den Satz:

Eine wichtige Maßnahme wäre es daher, die SGÄ personell und technisch so auszustatten, dass nötige Genehmigungen regelmäßig rechtzeitig und anhand von sachgerechten Prüfungen erteilt werden können.

Der Satz ist zumindest in meiner Vorlage durchgestrichen. Ist das ein Versehen? Oder ist das vielleicht schon umgesetzt? Welche Prozesse müssten in Angriff genommen werden, damit es tatsächlich schneller geht? Das war der Kern der Frage, die in der roten Nummer noch nicht richtig beantwortet ist.

**Vorsitzender Stephan Schmidt:** Vielen Dank, Herr Goiny! – Gibt es weitere Wortmeldungen? – Bitte schön, Frau Senatorin!

**Bürgermeisterin Bettina Jarasch (SenUMVK):** Herr Goiny! Tatsächlich ist das ein Satz, der auf Bitten der Finanzverwaltung durchgestrichen wurde. An der Faktenlage ändert das aber nichts.

**Vorsitzender Stephan Schmidt:** Bitte schön, Herr Goiny!

**Christian Goiny (CDU):** Dann ist das offensichtlich so, dass das aus Ihrer Sicht fachlich für sinnvoll erachtet wird, aber die Finanzverwaltung das, weil es zu viel kostet, nicht für sinnvoll erachtet. Das löst das Problem noch nicht so richtig. Haben Sie, wenn Sie das hier so hineinformuliert haben, möglicherweise schon konkretere Vorstellungen, wie Sie das, wenn Sie es entscheiden könnten, Frau Senatorin, effizienter handhaben würden?

**Vorsitzender Stephan Schmidt:** Bitte schön, Frau Senatorin!

**Bürgermeisterin Bettina Jarasch (SenUMVK):** Letztlich ist das eine Tatsache mit der wir es an ganz vielen Stellen zu tun haben. Wenn wir im Senat neue Dinge beschließen, dann liegt es den Senatsverwaltungen natürlich daran, zu sagen, was sich daraus aus ihrer Sicht an Mittelausstattung und an Personalausstattung ergibt, und zwar nicht nur auf der Hauptverwaltungsebene, sondern ganz oft sind wir, wie bei diesem Thema, auf eine gute Kooperation und Ausstattung der Bezirke angewiesen. Ich habe ein gewisses Verständnis dafür, dass die Finanzverwaltung keine vorgezogenen Haushaltsverhandlungen auf solchen Wegen führen möchte und deswegen solche Sätze rausstreicht, aber das bedeutet selbstverständlich, dass wir uns bei den nächsten Doppelhaushaltsverhandlungen auch dafür interessieren, wie die Mittelausstattung in den Bezirken ist, wenn wir an dieser Stelle vorankommen wollen.

**Vorsitzender Stephan Schmidt:** Vielen Dank! – Herr Goiny, bitte!

**Christian Goiny (CDU):** Ich habe mir notiert, dass wir das im Rahmen der nächsten Haushaltsberatungen noch einmal diskutieren. Aber vielleicht noch die Frage: Wird in Ihrem Haus auch darüber nachgedacht, wie bestimmte Verfahren vereinfacht werden können, möglicherweise sogar auf dem Weg der Digitalisierung oder durch die elektronische Verarbeitung und Erfassung von Prozessen? Das wäre vielleicht auch eine Antwort, wenn man die Frage stellt, ob man mehr Personal braucht. Vielleicht kann man den Prozess so vereinfachen und beschleunigen, dass es auch anders geht. Man könnte vielleicht einfach mit Anzeigepflichten arbeiten und sagen: Wenn in einer bestimmten Zeit keine Reaktion von zu beteiligenden Behörden erfolgt, dann gibt es eine Erlaubnis oder Genehmigungsfiktion. Können Sie noch einmal etwas dazu sagen, wie Sie sich das inhaltlich vorstellen? Die einfache Antwort ist immer: Wir brauchen mehr Personal, dann wird es schon laufen –, aber wir sind uns, glaube ich,

einig, dass das nicht immer die Lösung ist. Deswegen war die Idee zu gucken, wie man hier an die Prozesse herangehen kann, wie man möglicherweise Rechtsvorschriften vereinfacht oder vielleicht abschafft und wie man den Prozess anders gestalten kann.

**Vorsitzender Stephan Schmidt:** Bitte schön, Frau Senatorin!

**Bürgermeisterin Bettina Jarasch (SenUMVK):** Ich denke, Sie haben die entscheidenden Stichworte genannt. Natürlich liegt es nie nur am Personal. Aber faktisch brauchen wir auch Personal in den Bezirken. Entscheidend sind eine bessere Koordinierung, Herr Goiny, und tatsächlich Digitalisierung – Stichwort Infres und so weiter. Ich würde dem zuständigen Abteilungsleiter, Herrn Haegele, gerne das Wort geben, um das noch ein bisschen zu vertiefen. Ich will nur eins noch einmal deutlich sagen – das haben wir im Mobilitätsausschuss in einer Anhörung zu dem Thema schon ausführlich diskutiert –: Genehmigungsfiktion klingt zwar nach Planungsbeschleunigung, das ist mir schon klar, würde uns hier aber in den allermeisten Fällen aber nichts helfen und wäre rechtlich auch nicht einfach machbar. Denn wenn es um Verkehrssicherheitsaspekte geht, die man bei einer Baustelleneinrichtungen immer mitprüfen muss, kann man die nicht einfach weglassen, weil nicht schnell genug gearbeitet worden ist. Insofern wird uns die Genehmigungsfiktion nicht wirklich eine Beschleunigung bringen. Das wollte ich vorweg sagen. Die tatsächlichen Beschleunigungspotenziale sehen wir an anderen Stellen. Dazu würde Herr Haegele noch ausführen.

**Vorsitzender Stephan Schmidt:** Bitte schön, Herr Haegele!

**Christian Haegele (SenUMVK):** Herzlichen Dank! – Die angesprochene Situation kann ich bestätigen. Wir können nicht einfach mit einer Fiktion bei Dingen arbeiten, die geprüft werden müssen. Daher kommt die Schlussfolgerung zustande, dass irgendjemand das prüfen muss und man dafür Personal braucht, in welcher Höhe auch immer. Ganz praktisch gesagt, muss eine Baustelleneinrichtungen auch im Tiefbau mit bestimmt Nebenbestimmungen versehen werden. Es muss vorher geguckt werden, wie das Pflaster aussieht und was wiederhergestellt wird. Dazu muss einer aus dem Bezirk, der das prüfen kann, auch vor Ort sein. Deshalb kann man das nicht durch eine Fiktion oder irgendwelche Automatismen ersetzen.

In der Bearbeitung selbst steht – auch durch Ihren Antrag – im Raum: Dort stand drin, es gibt eine durchschnittliche Bearbeitungsdauer von drei Monaten. – In der Coronazeit gab es eine Menge herausgehobene Fälle, die länger gedauert haben. Wir sind gerade dabei, noch einmal strukturiert in den Bezirken abzufragen, wie die Bearbeitungszeiten wirklich aussehen, um eine valide Grundlage zu haben und auf der Basis dann gucken zu können, wo Verzögerungen eintreten.

Mittlerweile ist es zusammen mit der Infres gelungen, Leitungsauskunft und Antrag in elektronischen Portalen unterzubringen und den Antrag digital an die Behörden übermitteln zu können. Auf behördlicher Seite dürfen wir natürlich nicht dazu kommen, dass diese Sachen dann wieder ausgedruckt und anders bearbeitet werden, sondern die Schnittstellen müssen bereinigt werden. Dann kann dieser ganzheitliche Prozess von der Verwaltungsseite besser und effektiver bearbeitet werden. Aber aus meiner Sicht kann die Prüfung durch fachkundiges Personal vor Ort niemals entfallen. Das wird man durch keinen optimierten Prozess, durch Fiktion oder andere Automatismen ersetzen können. – Vielen Dank!

**Vorsitzender Stephan Schmidt:** Vielen Dank! – Ich sehe eine Wortmeldung von Herrn Goiny. – Bitte schön!

**Christian Goiny (CDU):** Vielen Dank für Ihre Ausführungen! Wir nehmen das noch einmal mit zur nächsten Haushaltsberatung. Deswegen würde ich darum bitten, dass wir zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll bekommen. – Vielen Dank!

**Vorsitzender Stephan Schmidt:** Ein Wortprotokoll ist beantragt und wird entsprechend angefertigt. – Die nächste Wortmeldung ist von Herrn Zillich.

**Steffen Zillich (LINKE):** Wenn ich mir die Gegend angucke, wo ich wohne, habe ich manchmal den Eindruck, dass es diese Genehmigungsfiktion schon gibt, denn genehmigt kann das alles keiner haben. – Aber das nur nebenbei.

Hier geht es um Verwaltungsabläufe und um die Frage, wie man sie optimieren und vergleichend betrachten kann. Wir haben das in der Koalition nicht abgesprochen, aber gibt es möglicherweise Einwände, wenn wir sagen, man kann sich diesen Prozess im Unterausschuss Verwaltung noch einmal ansehen? Können wir das zur Verfügung gestellt bekommen? Gibt es dagegen Einwände? – Offensichtlich nicht!

**Vorsitzender Stephan Schmidt:** Gibt es weitere Wortmeldungen? – Ich sehe keine.

**Steffen Zillich (LINKE):** Dann würde ich vorschlagen, dass wir die rote Nummer dem Unterausschuss Verwaltung zur Erledigung zur Verfügung stellen.

**Vorsitzender Stephan Schmidt:** Dann schlage ich das entsprechend so vor und höre dagegen keinen Widerspruch. Dann wird die Überweisung an den Unterausschuss so vorgenommen. Aber zur Kenntnis nehmen können wir das trotzdem. – Ich wünsche Ihnen noch einen schönen Tag, Frau Senatorin!

Ich rufe auf

#### Punkt 20 der Tagesordnung

Schreiben SenBildJugFam – I D Con – vom 29.11.2022  
**Sondervermögen Infrastruktur der Wachsenden Stadt (SIWA)**  
**Zustimmung zur Verstärkung des Titels 75001 – 10Kn07; Neubau einer Schule in Holzmodulbauweise am Standort Landsberger Str. / Bismstr. und zum Wegfall der Maßnahmen bei Titel 85004 (DK 1) – 04Gn01, Kauf eines Grundstücks in der Glockenturmstraße zwecks Errichtung einer Grundschule und Titel 53043 (DK 55) – Bauvorbereitungsmittel für die SenSBW für Schulbauvorhaben in Holzmodulbauweise**

[0714](#)  
Haupt

Gibt es Wortmeldungen? – Bitte schön, Frau Dr. Jasper-Winter!

**Dr. Maren Jasper-Winter (FDP):** Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender! Ich habe noch eine Nachfrage zum Standort Glockenturmstraße. Auf Seite 3 wird ausgeführt:

Kreative Überlegungen des Bezirks durch Nutzung dieses Standortes gegebenenfalls in einer anderen Schulplanungsregion die Schulplatzkapazität für sogenannte Regelklassen bedarfsgerecht gestalten zu können, wurden von der SenBJF nicht unterstützt.

Da ging es auch um Raumkonzepte und das geänderte Musterraumprogramm. Ich kann mir nicht vorstellen, dass man jetzt angesichts der steigenden Schülerzahlen ohne Not auf den Ausbau des Standorts verzichten kann. Können Sie hier noch einmal Licht ins Dunkel bringen, warum keine Möglichkeit besteht, an diesem Standort den kreativen Überlegungen Geltung zu verschaffen? Die Situation ist ja sehr angespannt, was Schülerzahlen und den Ausbau der Schulstandorte angeht.

**Vorsitzender Stephan Schmidt:** Frau Khalatbari, bitte!

**Sandra Khalatbari (CDU):** Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender! Frau Dr. Jasper-Winter und ich haben uns nicht abgesprochen. Auch ich hatte mir diesen Satz markiert, denn kreative Überlegungen sind immer sehr löblich. Wir würden aber auch sehr gerne wissen, was hinter diesen kreativen Überlegungen stand und warum die SenBJF diese nicht unterstützt.

Meine weitere Frage wäre noch zu Ende Seite 3/Anfang Seite 4, wo es um fünf weitere Maßnahmen und Schulen geht, die noch nicht näher benannt sind. Können Sie dazu noch etwas sagen? – Vielen Dank!

**Vorsitzender Stephan Schmidt:** Herr Zillich, bitte!

**Steffen Zillich (LINKE)** Mich würde zunächst einmal interessieren, ob es sich bei dem Grundstück in der Glockenturmstraße, das erworben werden soll, um eins handelt, das sich derzeit im Besitz des Königreichs Saudi-Arabien befindet.

**Vorsitzender Stephan Schmidt:** Frau Dr. Schmidt, bitte!

**Dr. Manuela Schmidt (LINKE):** In der Vorlage steht unter anderem, dass die Verwaltung kreative Überlegungen zur bedarfsgerechten Gestaltung von Regelklassen an einem anderen Standort anstellt. Diese kreativen Überlegungen würden mich auch mal interessieren.

**Vorsitzender Stephan Schmidt:** Bitte schön, Herr Staatssekretär! Sie haben zur Beantwortung das Wort.

**Staatssekretär Aziz Bozkurt (SenBJF):** Vielen Dank für die Fragen! Wo genau ging es um das Grundstück von Saudi-Arabien?

**Steffen Zillich (LINKE):** Ich wollte wissen, ob sich das Grundstück Glockenturmstraße – die SIWA-Maßnahme, die jetzt gestrichen oder anteilig gestrichen werden soll –, wo es um den Ankauf eines Grundstücks und den Bau einer Schule geht, im Besitz des Königreichs Saudi-Arabien befindet.

**Vorsitzender Stephan Schmidt:** Bitte schön, Herr Staatssekretär!

**Staatssekretär Aziz Bozkurt (SenBJF):** Zu den kreativen Überlegungen des Bezirks, durch Nutzung dieses Standortes gegebenenfalls in einer anderen Schulplanungsregion die Schulplatzkapazität für sogenannte Regelklassen bedarfsgerecht gestalten, muss ich an meinen Kollegen verweisen, der gerade den Saal betritt. Für das Themengebiet bin ich nicht ganz der zuständige Staatssekretär. – Herr Bade!

**Mario Bade (SenBJF):** Ich bin von der Abteilung I der SenBJF und dort aus dem Referat I D.

**Staatssekretär Aziz Bozkurt (SenBJF):** Eine Frage war die nach den kreativen Überlegungen des Bezirks und warum wir darauf nicht eingehen konnten. Ich bitte Sie dazu um eine Aussage. Es geht um die Glockenturmstraße.

**Vorsitzender Stephan Schmidt:** Vielleicht kann Herr Zillich seine Frage noch einmal wiederholen.

**Steffen Zillich (LINKE):** Die Kollegen wollten wissen, warum den kreativen Überlegungen des Bezirks von der Senatsverwaltung nicht nachgekommen wurde. Ich wollte wissen, ob das Grundstück, das ursprünglich angekauft werden sollte, dem Königreich Saudi-Arabien gehört.

**Vorsitzender Stephan Schmidt:** Bitte schön, Sie haben das Wort.

**Mario Bade (SenBJF):** Wir haben den Bezirk angefragt, ob das Grundstück mit einem Schulbau in die Umsetzung gelangt. Der Bezirk hat uns mitgeteilt, dass dort kein Schulbau geplant ist und somit jetzt kein Grundstück zur Verfügung stehen muss.

**Vorsitzender Stephan Schmidt:** Gibt es weitere Wortmeldungen? – Frau Khalatbari, bitte!

**Sandra Khalatbari (CDU):** Vielen Dank! – Das konnten wir dem Bericht entnehmen. Es ging ja darum, dass eine dreizügige Schule gebaut werden sollte und aufgrund der Veränderungen in den Musterraumprogrammen kreative Überlegungen von Seiten des Bezirks an die SenBJF herangetragen worden sind, um potenziell eine zweite Möglichkeit herzustellen. Frau Dr. Jasper-Winter hat noch einmal gefragt, ob es im Zug der besonderen Schulplatznotlage in dieser Stadt wirklich sinnvoll ist, dass da keine Schule mehr entsteht, und welches die kreativen Lösungen des Bezirks im Detail waren – darunter können wir uns jetzt viel vorstellen –, die von der SenBJF nicht als sinnvoll angesehen worden sind. Das wollen wir noch ein bisschen konkreter wissen. – Vielen Dank!

**Vorsitzender Stephan Schmidt:** Ich bitte um eine Beantwortung.

**Mario Bade (SenBJF):** Grundlage ist das Monitoringverfahren. Wir sind in einem jährlichen Monitoringverfahren mit den einzelnen Bezirken und gucken uns jede Schulplanungsregion und den Bezirk insgesamt an, und zwar zum Primarschulbereich wie auch zum weiterführenden Schulbereich. Insgesamt liegt die Verantwortung ja beim Bezirk, diese Schulplatzversorgung in seiner Planung sicherzustellen. Die Details, die Sie jetzt benennen, müsste ich noch einmal für Sie schriftlich nachbearbeiten lassen, damit Sie das nachvollziehen können. Das sind Inhalte des Monitoringverfahrens. Ich bitte um Verständnis, dass ich die zwölf Bezirke nicht in jeder Schulplanungsregion im Blick habe. Wäre das im Sinne Ihrer Fragestellung?

**Vorsitzender Stephan Schmidt:** Gibt es weitere Wortmeldungen? – Bitte schön, Frau Dr. Jasper-Winter!

**Dr. Maren Jasper-Winter (FDP):** Das wäre schriftlich wirklich gut. Wir bitten auch noch einmal um eine Begründung, warum aus Ihrer Sicht kein Bedarf in der Schulplanungsregion für einen zusätzlichen Grundschulstandort ist. Wenn Sie uns das und die Überlegungen, die zum Raumkonzept vorausgegangen sind, noch einmal schildern könnten, wäre das gut.

**Vorsitzender Stephan Schmidt:** Sollen wir als Berichtsdatum „18. Januar 2023“ vermerken? – Herr Goiny!

**Christian Goiny (CDU):** Mich würde noch einmal das Grundstück Glockenturmstraße interessieren. In meiner dunklen Erinnerung war das schon öfter einmal in früheren Wahlperioden Thema. Könnten Sie uns unter Berücksichtigung der Historie dieses Grundstücks und der Vorgänge um dieses Grundstück noch einmal eine Einschätzung geben, wie und warum wir jetzt mit dem Grundstück so umgehen? Dazu müsste eigentlich alles vorhanden sein und bis Januar geliefert werden können. Da kann man auch mal in Unterlagen gucken. Das war hier schon öfter Thema. Es kam auch einmal die Idee, dass wir uns um den Rückerwerb des Grundstücks und dessen Nutzung kümmern sollten. Das hätten wir gerne noch einmal im Gesamtzusammenhang dargestellt. – Danke!

**Vorsitzender Stephan Schmidt:** Vielen Dank! – Frau Dr. Schmidt, bitte!

**Dr. Manuela Schmidt (LINKE):** Vielen Dank! – Meine Frage schließt sich an die von Frau Dr. Jasper-Winter an. Obwohl kein weiterer Grundschulstandort in Charlottenburg-Wilmersdorf gebraucht wird, schreiben Sie trotzdem in Ihrer Vorlage, dass Sie weitere Regelklassen an einem anderen Standort einrichten wollen. Also scheint doch Bedarf da zu sein. Dann hätte ich bei der Beantwortung dieser Frage gerne die anderen Standorte und die entsprechende Auslastung der Schulen, wo die weiteren Regelklassen aufgebaut werden, berücksichtigt.

**Vorsitzender Stephan Schmidt:** Ich nehme an, das soll auch bis zum 18. Januar 2023 schriftlich beantwortet werden.

**Dr. Manuela Schmidt (LINKE):** Ja!

**Vorsitzender Stephan Schmidt:** Bitte schön, Herr Staatssekretär!

**Staatssekretär Aziz Bozkurt (SenBJF):** Das würden wir dann alles schriftlich machen, insbesondere die Fragen zu dem Grundstück.

**Vorsitzender Stephan Schmidt:** Vielen Dank! – Frau Khalatbari, bitte schön, Sie haben das Wort.

**Sandra Khalatbari (CDU):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich komme noch einmal zurück zum Ende der Seite 3. In dem Bericht wird bezüglich der Erläuterungen zum Haushaltsplan 2022/2023 zu Kapitel 2712, Titel 70105 auf „fünf weitere Neubauten an noch festzulegenden Standorten“ verwiesen. Jetzt beginnt man mit der ISS Römerweg als einem von diesen fünf Standorten, und ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie uns Ihre weiteren Planungen hinsichtlich der vier weiteren Standorte mitteilen könnten. – Danke schön!

**Vorsitzender Stephan Schmidt:** Vielen Dank! – Bitte schön, Herr Staatssekretär!

**Staatssekretär Aziz Bozkurt (SenBJF):** Ich würde noch einmal Herrn Bade bitten.

**Mario Bade (SenBJF):** Die Tranche umfasst insgesamt in der Mindestmenge fünf Standorte. Das sind die Kalker Straße, die Bruno-Baum-Straße, die Haltoner Straße und die Landsberger Straße/Bisamstraße. Als fünfter Standort kommt der Römerweg hinzu. Dazu kommen fünf weitere Standorte, die in der Nachrückerliste bereits gefasst sind und jetzt quasi in die Benennung kommen. – Ist das soweit ausreichend?

**Vorsitzender Stephan Schmidt:** Gibt es weitere Wortmeldungen? – Frau Khalatbari!

**Sandra Khalatbari (CDU):** Haben Sie ein ungefähres Zeitfenster, wann die in die Benennungen kommen könnten? – Danke schön!

**Vorsitzender Stephan Schmidt:** Herr Hofer, bitte!

**Torsten Hofer (SPD):** Ich hake noch einmal bei der Frage ein, die Frau Jasper-Winter und Frau Khalatbari gestellt haben, wo es darum ging, warum diesen kreativen Überlegungen des Bezirks nicht nähergetreten wurde. Mich würde interessieren – man könnte das mündlich oder auch in dem schriftlichen Bericht machen –, inwiefern dieses Musterraumprogramm vom Senat eine echte Verbindlichkeit hat, inwieweit man davon überhaupt abweichen kann. Das Problem ist, dass wir die Schulen aufgrund dieser Musterraumprogramme immer größer machen. Die werden immer ausladender. Das ist fachlich auch alles gut begründet. Aber wir haben natürlich in Berlin nur begrenzt Grundstücke. Wir schießen uns natürlich, je größer wir die Standards machen, Grundstücke weg und können die nicht mehr nehmen. Woher kriegen wir dann andere? Insofern möchte ich gerne wissen, wie verbindlich dieses Musterraumprogramm ist. Kann man da ein paar Abstriche machen, um bestimmte Standorte und Grundstücke realisieren zu können? Gerade bei einer Grundschule sollen die Kinder nicht durch die halbe Stadt fahren, sondern die Schule in kürzester Zeit erreichen. Dazu gibt es den Spruch „kurze Beine – kurze Wege“. Insofern würde ich gerne wissen, welche Maßnahmen wir unternehmen, um solche Grundstücksstandorte gegebenenfalls nutzen zu können.

**Vorsitzender Stephan Schmidt:** Frau Dr. Schmidt, bitte!

**Dr. Manuela Schmidt (LINKE):** Vielen Dank! – Ich würde jetzt auf den Tagesordnungspunkt 21 vorgreifen. Sie haben gerade eine ganze Reihe von Standorten benannt, und unter dem nächsten Tagesordnungspunkt wird eine Maßnahme gestrichen, und die SIWA-Mittel,



die dadurch frei werden, sind zum Abdecken der Kostensteigerungen an anderen Standorten vorgesehen. Betrifft das die Standorte, die Sie gerade genannt haben? Es waren ursprünglich einmal zwölf vorgesehen, und es wären dann nur noch elf. Entschuldigen Sie, wenn ich das verknüpfe, aber es passt inhaltlich gut zusammen.

**Vorsitzender Stephan Schmidt:** Bitte schön, Herr Staatssekretär!

**Staatssekretär Aziz Bozkurt (SenBJF):** Ich verweise wieder an Herrn Bade.

**Vorsitzender Stephan Schmidt:** Bitte schön!

**Mario Bade (SenBJF):** Ich würde kurz zu dem Musterraumprogramm ausführen. Tatsächlich dienen diese als Muster. Sie bilden die Grundlage und vor allem die funktionalen Zusammenhänge ab, die die Schule – ob im Primarschulbereich, im ISS- oder Gymnasialschulbereich – benötigt. Sie bemerken, dass wir aufgrund der Raum- und Funktionszusammenhänge nur auf wenig verzichten können.

Jetzt ist die Frage, wie wir dennoch mit kleinen Grundstücken umgehen. Das sehen wir insbesondere in der Diversitäten der Tranchen, die wir entwickelt haben. Wir können am Schulstandort schnell und relativ kurzfristig modulare Ergänzungsbauten errichten. Wir haben uns mit den modularen Holzschulbauten im Rahmen der Modulschultypen weiterentwickelt. Das heißt, wir können schnell und günstig auch mit schon abgespeckten Programmen bauen, die trotzdem funktional wirken, sodass Schule funktioniert. Wir haben uns dazu – teils unterstützt durch die Wohnungsbaugesellschaften – um die Tranche Nummer 12 gekümmert. Die richtet sich insbesondere an Grundstücke, die beengte Verhältnisse aufweisen und somit auf verknappter Fläche Schule ermöglichen sollen. Wir haben also vor, schnell und zügig zu bauen. Deswegen wollen wir uns im Typenbau fortbewegen. Dann haben wir ein Konzept, das wir vervielfachen können. Können wir das nicht, weil die Grundstücksituation zu speziell ist, dann müssen wir konventionell bauen, und dann muss es eine Planung geben, die direkt für einen Standard auszuweisen wäre. Das ist die Möglichkeit, um darauf zu reagieren.

Schulorganisatorisch ist die zweizügige Grundschule fast gar nicht mehr möglich. Jetzt könnte ich natürlich den Fachkräftemangel anführen. Das werde ich jetzt an der Stelle aber nicht tun, weil ich dazu nicht berufen bin. Aber wir müssen feststellen, dass sich die Organisation einer Schule ab einer 2,5- bis Dreizügigkeit in der Praxis bewährt hat. In Ausnahmefällen wird auch zweizügig gebaut. Gucken wir natürlich, wie viel Finanzvolumen wir brauchen, stellen wir natürlich fest, dass es günstiger ist, mehr Schülerinnen und Schüler an einem Standort unterzubringen. Deswegen wird das favorisiert. Das sind Dinge, die einfach im Zusammenhang stehen. Grundsätzlich können wir auch auf kleine Grundstücke reagieren – wenn nicht mit Modulbau, dann auch mit konventionellem Bauen.

Dann komme ich zu Ihrer Frage, die mit dem Antrag zu tun hat. Sie hatten gesagt – und das ist richtig –, hier werde eine Maßnahme genutzt, um andere Maßnahmen zu verstärken. Wir haben also momentan eine enorme Teuerungsrate im Rahmen dieser Baukostensteigerungen zu verzeichnen. Das heißt, wir müssen jetzt schlau gucken, was wir in unserem SIWA-Töpfchen haben und ob nur begleitende Maßnahmen, die wir aufgelistet haben, möglicherweise aus anderen Maßnahmen mitfinanziert werden können. Wir haben hier die Besonderheit, dass wir zwei Maßnahmen haben – das ist einmal die Landsberger Straße/Bisamstraße –,

die zwar in der Außenfinanzierung erst gesichert schienen, sich jedoch durch die Kostenfortschreibung enorm verteuert haben. Das heißt, dass sich die im SIWA befindlichen Maßnahmen, die erst aufgenommen wurden und als ausfinanziert galten, durch die Teuerung als nicht finanzierbar erwiesen haben. Nun haben wir geschaut, wie wir mit den anderen Maßnahmen, die begonnen worden sind, umgehen. Wir haben uns dazu entschieden, eine Maßnahme, die Landsberger Straße/Bisamstraße, mit Mitteln zu verstärken, die aus der Glockenturmstraße herrühren, die aus den Bauvorbereitungsmitteln der SenSBW – die 3 Millionen Euro sind hier benannt – für Schulbauvorhaben kommen. Und es sind Mittel, die mit dem Neubau einer ISS mit Sporthalle am Römerweg in Verbindung stehen. Das ist finanztechnisch jetzt erst einmal so möglich.

Die Bedingung war – jetzt noch einmal auf den Römerweg gespiegelt –, dass der Römerweg in die Ausfinanzierung kommt. Dazu hatte ich dann mit dem Referat von Frau Schich – SenSBW – telefoniert. Herr Herres hat uns dann dazu auch eine konkrete Berechnung vorgelegt und quasi bestätigt, dass der Römerweg mit der Nummer 5 in der Mindestmenge, die hier abzunehmen ist, auch funktioniert. Das war die Grundlage für die Entscheidung, dass die Maßnahme Römerweg dann zentral veranschlagt in die Tranche aufgenommen wird. Das ist quasi nur Finanztechnik, die dahinter steht. Die Maßnahme gilt somit für uns als gesichert. Man muss natürlich immer schauen, wie weit das Geld reicht und wie man die Maßnahmen weiter ausfinanzieren kann. Aber das ist im Moment die Situation, die wir haben und mit der die SenSBW auch umgeht.

**Vorsitzender Stephan Schmidt:** Vielen Dank! – Gibt es weitere Wortmeldungen? – Bitte schön, Herr Zillich! Sie haben das Wort.

**Steffen Zillich (LINKE):** Die spannende Frage – ich weiß nicht, ob Sie sie beantworten können – ist jetzt natürlich – Ich kann verstehen, dass es ganz kommod ist zu sagen, man schiebt die eine Schule in die Investitionsplanung und in den Rahmenvertrag Holzmodulschulen, wenn ich das richtig sehe. Aber die spannende Frage ist ja, welche Auswirkungen das auf den Vertrag und die weiteren geplanten Vorhaben hat. Ich will gar nicht infrage stellen, dass das fachlich richtig ist, aber genau zu dieser Frage, welche Auswirkungen das auf den Rahmenvertrag und die weiteren geplanten Vorhaben hat, bräuchten wir, glaube ich, einen Bericht.

**Vorsitzender Stephan Schmidt:** Bitte schön, Frau Schmidtberger!

**Katrin Schmidberger (GRÜNE):** Vielen Dank! – Ich wollte nur ein Wortprotokoll beantragen.

**Vorsitzender Stephan Schmidt:** Das ist vermerkt. – Dann jetzt, bitte sehr, Herr Staatssekretär!

**Staatssekretär Aziz Bozkurt (SenBJF):** Wir versuchen es erst einmal mündlich, und wenn die Antwort nicht reicht, nehmen wir es in einen Bericht auf.

**Vorsitzender Stephan Schmidt:** Bitte schön!

**Mario Bade (SenBJF):** Ich muss sagen, dass das jetzt eigentlich das Terrain der SenSBW ist. Wir bewegen uns natürlich in dem Rahmenvertrag. Die Mindestabnahmemenge gilt eigentlich als grundlegend, denn die müssen Sie, um keine Vertragsstrafen, die drohen würden, in Kauf nehmen zu müssen, auch umsetzen. Deswegen ist es aus meiner Sicht immer als sehr gut zu bewerten. Das heißt, damit gelten diese fünf Maßnahmen als gesichert, weil das für uns die Mindestmenge bedeutet. Die weiteren Maßnahmen gelten vielmehr als Option. Insofern müsste jetzt die Grundlage unsere Schulentwicklungsplanung plus das Monitoring sein. Es ist also festzulegen, dass die Maßnahmen notwendig sind. Das sind genau die Punkte, die wir mit der SenFin sehr streng behandeln, um den Nachweis der Umsetzung zu bringen. Hier haben wir einen Rahmenvertrag, der im Abruf noch bis 2024/2025 läuft. Da haben wir in dem Zeitrahmen noch Möglichkeiten abzurufen.

Ich denke, wenn Sie das möchten, kann uns die SenSBW noch einmal beschreiben, in welchem Zusammenhang die nächsten fünf Maßnahmen stehen und wie die Finanzierung gesichert werden kann. Für uns ist der Plan, die Nachrückerstandorte entsprechend dem schulfachlichen Bedarf zu benennen und die Finanzierung mit dem kommenden Doppelhaushalt zu sichern. Das heißt, wir melden die mit an und gehen in die Umsetzung. Voraussetzung ist, dass die Wirtschaftlichkeit, die Sparsamkeit, das Prinzip nach § 7 LHO, eingehalten ist und nach § 6 LHO die Notwendigkeit der Maßnahme als attestiert gilt.

**Vorsitzender Stephan Schmidt:** Herr Zillich, bitte!

**Steffen Zillich (LINKE):** Zunächst einmal vielen Dank für die Auskunft! Sie haben recht, dass das etwas ist, das Sie nicht allein beantworten können. Ich würde deshalb meinen Berichtsauftrag gerne aufrechterhalten und in dem Fall bitten, dass die Finanzverwaltung als Bote die verschiedenen fachlichen Zuarbeiten zusammenfasst.

**Vorsitzender Stephan Schmidt:** Das ist vermerkt. Wir hätten das auch gern zum 18. Januar 2023. Gibt es hierzu noch weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Dann komme ich zur Abstimmung. Wer dem Schreiben mit der roten Nummer 0714 wie beantragt zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Koalitionsfraktionen und die AfD. Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Das sind die CDU-Fraktion und die FDP-Fraktion. Damit ist dem Schreiben zugestimmt.

Ich rufe auf

Punkt 30 der Tagesordnung

Bericht SenSBW – II W 26 – vom 14.10.2022 [0612](#)  
**Wohnungsbaupotential Elisabeth Aue und Zentraler** Haupt  
**Festplatz**  
(Berichtsauftrag aus der 21. Sitzung vom 08.06.2022)

Gibt es Wortmeldungen? – Bitte schön!

**Steffen Zillich** (LINKE): Erst einmal vielen Dank, dass Sie das aufgeschrieben haben! Da hat in den Haushaltsberatungen, auch aufgrund der unterschiedlichen Titel, die angesteuert sind, ein bisschen der Überblick gefehlt, welche Wohnungsbauprojekte, nenne ich es mal, hier im Einzelnen vorbereitet werden sollen und über welche Themen. Daraus ergibt sich aber bei mir die eine oder andere Folgefrage, die ich schriftlich einreichen werde.

Ich will jetzt nur mal die Themen antippen, um die es geht. Erstens: Beim Thema Späthsfelde gibt es, glaube ich, eine erhebliche Konkurrenz zu Kleingärten. Deswegen werden wir das Thema Konkurrenz zwischen Wohnungsbaustandorten und Kleingärten insgesamt noch mal abfragen.

Der zweite Punkt betrifft den Zentralen Festplatz. Da gibt es eine breite Debatte über die Frage, inwieweit man für die Schaustellerinnen und Schausteller Ersatzmöglichkeiten hinbekommt oder nicht. Wie sind da die Planungen? Es gibt, glaube ich, auch parlamentarische Initiativen zu dem Thema. Dazu haben wir Nachfragen, auch, inwieweit es dort schon Ideen gibt und welche zeitlichen Abläufe dort geplant sind.

Das Dritte: Hier ist das Thema Molkenmarkt angesprochen. Da würde uns natürlich interessieren, in welchem inhaltlichen Setting und inwieweit aufsetzend auf die bisherigen Beteiligungsprozesse hier weitergearbeitet werden soll.

Insgesamt sind wir jetzt ein bisschen weiter als zu dem Zeitpunkt, als dieser Bericht erstellt worden ist. Deswegen kann man jetzt vielleicht schon etwas genauer sagen, inwieweit Mittel abgeflossen sind für die einzelnen Projekte, vielleicht auch mit Stichtag Ende des Jahres. Dann wird man sehen – auch das interessiert uns –, wie für die einzelnen Felder Mittel abgeflossen sind und welcher Finanzierungsbedarf aus diesen Titeln weiter besteht.

**Staatssekretär Christian Gaebler** (SenSBW): Als Berichtsdatum nehmen wir – was?

**Steffen Zillich** (LINKE): Na ja, wenn ich sage: den 31. Dezember abwarten – schafft ihr das dann Ende Januar? – [Zuruf von Staatssekretär Christian Gaebler] – Mit Mitte Februar bin ich auch einverstanden.

**Vorsitzender Stephan Schmidt**: Dann haben wir das so vermerkt. – Bitte sehr, Herr Goiny, Ihre Wortmeldung!

**Christian Goiny** (CDU): Ich würde mich dem Berichtswunsch des Kollegen Zillich und den adressierten Themenkreisen anschließen. Wir würden auch bis Freitag Fragen einreichen.

**Vorsitzender Stephan Schmidt:** Vielen Dank! – Bitte, Herr Staatssekretär, Sie haben das Wort!

**Staatssekretär Christian Gaebler** (SenSBW): Das können wir gern so machen. Ich will nur einen Punkt richtigstellen: In Späthfelde gibt es keine zwingende Konkurrenz zwischen Kleingärten und Wohnungsbau. Die DEGEWO hat gerade im Rahmen der Vorkaufsrechtsverordnung 10 ha Fläche, auf denen keine Kleingärten sind, erworben. Wir haben die Kleingärten im Nordosten des Gebietes, aber wir haben einen großen Teil, wo keine Kleingärten sind, wo im Moment überhaupt keine besondere Nutzung drauf ist. Wir haben den Bereich der Späth'schen Baumschulen im Süden, wo ja auch geplant ist, einen Teil davon für Wohnungsbau zur Verfügung zu stellen. Insofern will ich das hier nur klarstellen. Das ist eine Frage der Gesamtgrößenordnung, aber für die Größenordnungen, mit denen wir bisher hier rechnen, wäre es nicht erforderlich, Kleingärten in Anspruch zu nehmen.

**Vorsitzender Stephan Schmidt:** Vielen Dank! – Herr Bauschke, bitte!

**Tobias Bauschke** (FDP): Danke, Herr Vorsitzender! – Ich habe nur eine kurze Frage, die können wir vielleicht mündlich machen: Könnten Sie uns einen ganz kurzen Abriss zu dem jeweiligen Status der Projekte geben? Sind wir noch im Beteiligungsverfahren? Wie weit ist die Planung? – Im Zweifel nehmen wir das natürlich auch schriftlich, aber ich finde, ganz im Sinne von Frau Meister, wie ich das gelernt habe, die Debatte immer sehr schön.

**Vorsitzender Stephan Schmidt:** Vielen Dank, Herr Bauschke! – Herr Staatssekretär, bitte schön!

**Staatssekretär Christian Gaebler** (SenSBW): Ich versuche es mal in Stichworten; Sie müssen dann sagen, ob Ihnen das reicht oder ob Sie mehr brauchen. – Neue Mitte Tempelhof: Da haben wir ein Gesamtkonzept, das davon ausgeht, dass man an einer Stelle was machen muss, damit an der anderen Stelle das Nächste passieren kann. Der erste Baustein war der Bebauungsplan für die Polizeiwache in der Götzstraße. Das ist jetzt das Konkreteste. Es gibt aktuell mit dem Bezirk Abstimmungen zu dem Gesamtkonzept, auch was die Bereiche vorne, die der Bezirk dann bespielt, am Tempelhofer Damm angeht. Wir sind jetzt dabei, den nächsten Bebauungsplan auf den Weg zu bringen. Ich kann Ihnen den Stand gerade nicht ganz genau sagen, aber wie gesagt: Mit dem B-Plan Götzstraße ist da der erste Schritt getan.

Im Bereich Knorr-Bremse, B-Plan XXI-22-2: Der B-Plan ist in Arbeit. Es gibt noch Abstimmungen bezüglich des Schulplätze, die in dem Bereich erforderlich sind. Der Investor ist momentan dabei zu überlegen, ob seine Planungen so mit den aktuellen Rahmenbedingungen noch aufgehen; ob das B-Plan-relevant ist, werten wir gerade aus. Ansonsten müsste der B-Plan eigentlich im nächsten Jahr in den nächsten Beteiligungsschritt gehen.

Buch, Am Sandhaus: Da gibt es einen Aufstellungsbeschluss, und wir werden jetzt mit den Beteiligten noch einmal reden über die verschiedenen Grundstücks- – wie soll ich es ausdrücken? – -verkäufe, -tausche oder Ähnliches. Es wird noch mal geguckt, was da jetzt wirklich das Geeignete ist. Dann gibt es erst mal weiterhin die Qualifizierung. Da ist auch noch mal

der Punkt, dass inzwischen festgestellt ist, dass das ehemalige Krankenhaus dort nicht zwingend abgerissen wird, sondern dass man sich überlegen muss, ob man da tatsächlich eine Sanierung und Umnutzung hinbekommt. Das ist im Moment der Sachstand: Wir fangen an, an dem B-Plan konkret zu arbeiten, und die begleitenden Maßnahmen werden gerade diskutiert.

B-Plan Hohenschönhauser Straße / Weißenseer Weg, 11-168 – das ist, glaube ich, dieses „Wohnen am Volkspark“. Da haben wir in der Senatskommission gerade die Klärung herbeigeführt, dass da eine Zwei-in-eins-Schule hinkommt, und damit ist dann auch die Voraussetzung für die Schulplatzversorgung auf dem Grundstück gegeben. Die HOWOGE geht davon aus, dass sie da im nächsten Jahr schon in irgendeiner Form mit Vorarbeiten beginnen kann, aber Genaueres kann ich Ihnen spontan nicht sagen.

Karow Süd: Da sind wir noch in den Voruntersuchungen und Abstimmungen. Es sind insgesamt drei Bereiche, die dort betroffen sind. Da beschäftigen wir uns im Moment insbesondere mit dem Karower Kreuz und der Frage: Was kann dort entstehen? – Da gibt es einen internationalen Wettbewerb mit Studierenden zu möglichen Gestaltungsüberlegungen. Ansonsten ist das Tragfähigkeitskonzept soweit erarbeitet worden. Das wird jetzt noch schlussabgestimmt, und dann würden wir in die nächsten öffentlichen Beteiligungen gehen.

Späthsfelde: Wir diskutieren gerade darüber, dass wir eine Voruntersuchung auf den Weg bringen wollen, um die verschiedenen Potenziale auszuloten und dann abzuwägen, wo welche Sachen – Kleingärten waren ja vorhin schon ein Thema, aber auch Wohnungsbau und Gewerbeentwicklung soll es dort geben – stattfinden können. Es gibt auch die Überlegung, ob man dort in bestimmten Größenordnungen Ausgleichs- und Ersatzflächen schaffen kann. Das ist gerade der Stand im Senat.

Griesingerstraße, das ehemalige Krankenhaus: Da gibt es aufgrund der aktuellen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen neue Überlegungen, wer sich jetzt zutraut, angesichts der Herausforderungen in Natur-, Arten- und Denkmalschutz dort Wohnen zu realisieren. Insofern haben wir da im Moment keinen klaren Stand, wann es weitergehen kann.

Der B-Plan SEZ wird gerade ausgewertet. Da gab es ja jetzt Gerichtsurteile, und nun wird geguckt: Was kann als nächstes stattfinden? – und mit den Bezirken noch abgestimmt.

Rhenaniastraße: Den B-Plan haben wir gerade übernommen. Ich kann Ihnen aber nicht genau sagen, wie da der Sachstand ist.

Karl-Bonhoeffer-Nervenklinik: Da gibt es noch Diskussionen zwischen Vivantes und der GESOBAU über den Erwerb. Es gibt auch noch Abstimmungen mit der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales bezüglich der LAF-Nutzung für das Ankunftszentrum. Die GESOBAU ist auch dabei zu berechnen, wie sie da einen wirtschaftlichen Wohnungsbau realisieren kann. Da wollen wir aber eigentlich auch im nächsten Jahr den nächsten Schritt gehen können.

Zur Kunsthochschule Weißensee kann ich Ihnen jetzt ehrlich gesagt gar nichts sagen. Ich hoffe aber, das war in Stichworten erst mal einigermaßen informativ.

**Vorsitzender Stephan Schmidt:** Vielen Dank, Herr Staatssekretär! – Gibt es weitere Wortmeldungen? – Bitte schön, Herr Zillich!

**Steffen Zillich (LINKE):** Ich habe nur noch zwei Fragen: Wenn Sie Am Sandhaus diesen Komplex meinen, ist das dann inklusive ehemaliges Regierungskrankenhaus, oder ist das noch mal gesondert davon zu betrachten?

Zweiter Punkt, Griesingerstraße: Da haben wir jetzt von Wohnungsbaugesellschaften gehört, dass sie für sich diese Projekte im Prinzip abschreiben und sagen: Ob da jetzt was kommt, wissen wir gerade nicht. Wir nehmen das jetzt aus der Planung raus, jedenfalls aus unserer. – Vielleicht können Sie noch kurz erläutern, ob das eine generelle Tendenz ist im Umgang mit diesem Projekt; dass es noch viel zu klären gibt, haben Sie gerade schon ausgeführt.

**Vorsitzender Stephan Schmidt:** Vielen Dank, Herr Zillich! – Herr Staatssekretär, bitte!

**Staatssekretär Christian Gaebler (SenSBW):** Zur Griesingerstraße: Ich hatte freundlich umschrieben, was Sie gerade auf den Punkt gebracht haben: dass zwei Wohnungsbaugesellschaften jetzt gesagt haben, sie sehen es eher schwierig, da wirtschaftlich agieren zu können. Insofern müssen wir da noch mal gucken. Es ist auch die Frage: Wer kümmert sich dann um die Erschließung? – Kriegt das Bezirksamt Spandau, das da normalerweise immer konstruktiv mitarbeitet – nicht, dass hier irgendwelche Gerüchte entstehen –, es tatsächlich hin, da die Straße zu sanieren, oder müssen die das selber machen? Wer bezahlt das am Ende? – Aber eigentlich bleibt der Kern, dass die Herausforderung ist, dass einerseits Gebäude erhalten bleiben sollen; es ist dort auch jede Menge Stadtnatur vorhanden, wo wir immer die Herausforderung haben, damit irgendwie umzugehen und dafür möglicherweise Ersatzflächen zu finden. Das wird angesichts der aktuellen Rahmenbedingungen für wirtschaftlich nicht durchführbar gehalten. Deswegen sind wir gerade am Gucken, ob man andere Konzepte findet, wie man vielleicht stärker mit den vorhandenen Gebäuden arbeitet und dort eventuell auch noch andere Nutzungen unterbringt.

Bei Buch, Am Sandhaus weiß ich ehrlich gesagt gerade nicht, ob das das ehemalige Regierungskrankenhaus ist. Es ist das Krankenhaus, das ganz im Westen dieses Gebiets vorhanden ist. Es gibt, glaube ich, nördlich noch eins; ich will das jetzt nicht durcheinanderbringen. Das können wir noch bilateral klären. Es ist jedenfalls ein ehemaliges Krankenhaus, aber ich würde nicht die Hand dafür ins Feuer legen, dass es ein ehemaliges Regierungskrankenhaus ist.

**Vorsitzender Stephan Schmidt:** Vielen Dank! – Herr Goiny, bitte!

**Christian Goiny (CDU):** Vielen Dank, Herr Staatssekretär! Da haben wir doch eine ganze Reihe an Informationen zu den einzelnen Punkten bekommen. Es erspart, glaube ich, einen Berichtsauftrag, wenn wir diesen Tagesordnungspunkt als Wortprotokoll bekommen. – Vielen Dank!

**Vorsitzender Stephan Schmidt:** Das ist entsprechend vermerkt. Vielen Dank! – Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist der Bericht zur Kenntnis genommen.

Ich rufe auf

Punkt 36 der Tagesordnung

Bericht SenSBW – VI S 1 – vom 14.09.2022

[0554](#)

**Dauer von Bauvorhaben**

Haupt

**hier: Beantwortung der Fragen der Fraktion der  
SPD**

(Berichtsauftrag aus der 14. Sitzung vom 04.05.2022)

**Vorsitzender Stephan Schmidt:** Gibt es Wortmeldungen? – Bitte schön, Herr Hofer!

**Torsten Hofer (SPD):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Erst einmal vielen Dank an den Senat für die Beantwortung der Fragen! Man muss ja ehrlicherweise sagen, dass bei diesen Fragen nicht nur die Senatsbauverwaltung adressiert ist, sondern es ist ein Thema, das uns auch im Verkehrsbereich betrifft, dass sämtliche Bau- und Planungsvorhaben einfach viel zu lange dauern, dass Radwege nicht fertig werden, dass es ewig dauert, eine U-Bahn in die Röhre zu kriegen und so weiter. Die Frage ist tatsächlich: Wie kann man das beschleunigen? – Da muss ich sagen: Der Bericht ist zwar sehr ausführlich, trotzdem hat er mir inhaltlich nicht so gut gefallen. Wir hatten zum Beispiel gefragt: Inwiefern kann der Senat sich überlegen, eine Praktikerkommission einzusetzen, wo die Expertinnen und Experten aus der Verwaltung, Leute, die damit berufsmäßig beschäftigt sind, die einfach wissen, wie die Bauabläufe sind, sich zusammensetzen und überlegen: Welche Prozessschritte, die wir in der Verwaltung jeden Tag bearbeiten, sind bei Bauvorhaben, die jahrelang dauern, vielleicht entbehrlich? Wo kann man was entschlacken? – Da wurde nur gesagt: Da haben wir nicht so den Bedarf. Es gibt Fachministerkonferenzen auf Bundesebene, da bringen wir uns ein.

Das hat mir nicht das gegeben, was ich mir von dem Bericht erhofft hatte, dass man eine Blaupause bekommt, wo man sagt: Jetzt haben wir die Maßnahmen zur Verfahrensbeschleunigung in der Hand. Wir brauchen als Abgeordnetenhaus nur noch die Hand heben, und dann dauert das in Zukunft nicht mehr 10 oder 20 Jahre bis wir irgendwas gebaut haben, sondern dann ist es vielleicht nach ein oder zwei Jahren schon fertig – wenn man jetzt mal übertreibt.

Dann ist es ja so, dass wir in der aktuellen Zeit viel über Klimaschutz diskutieren. Jetzt gibt es ein Volksbegehren, einen Volksentscheid, der dann kommen wird, der sagt, Berlin soll bis 2030 klimaneutral werden. Alle sagen: Das geht eigentlich gar nicht. – Allen ist aber klar: Spätestens 2045 müsste man es haben. Wenn ich jetzt aber sehe, dass zum Beispiel der Bau einer Schwimmhalle in Pankow, für den das Geld 2015 bereitgestellt wurde, vielleicht 2028 abgeschlossen wird, 13 Jahre später – und da geht es nur um eine Schwimmhalle! –, dann frage ich mich natürlich, wie man so ehrgeizige Klimaziele, wo man vielleicht ein bisschen mehr machen muss, als nur eine Schwimmhalle zu bauen, erreichen soll.

Das heißt, wir brauchen auf jeden Fall in allen diesen Bereichen eine Beschleunigung. Jetzt habe ich gehört, auf Bundesebene wird das angegangen. Da ist gesagt worden, die Windräder sollen schneller aufgestellt werden können. Wir haben auch gesehen, dass LNG-Terminals in diesem Jahr ganz schnell genehmigt wurden. Die Frage ist: Wenn dieses Land bestimmte Dinge will, dann kriegen wir die Beschleunigung auch hin. Warum kriegen wir sie in anderen Bereichen wie diesen Verkehrsprojekten nicht hin? Warum dauert die U-Bahn zu lange? – Und so weiter.



Da interessiert mich: Wie bringt der Senat sich auf Bundesebene in die Änderung dieser Bundesgesetze ein? – Sie sagen, Sie sind da in diesen Fachministerkonferenzen; was sind konkret Ihre Ziele, mit denen Sie da reingehen? Was sind konkrete Maßnahmen, die Sie vorschlagen, um da zu einer Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren und einer Beschleunigung von Baumaßnahmen, auch Ausschreibungsverfahren zu kommen? – Da könnte man vielleicht noch einen Folgebericht bekommen.

**Vorsitzender Stephan Schmidt:** Vielen Dank! – Herr Bauschke, bitte!

**Tobias Bauschke (FDP):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich tue mir jetzt schwer, nach dem Kollegen zu sprechen, denn ich wollte die Verwaltung für den Bericht loben. Mir hat er nämlich wirklich geholfen, zumindest mal Grundzüge zu verstehen. Ich wollte auch die SPD-Fraktion für die, wie ich fand, durchaus erhellenden Fragen loben und möchte daher vorschlagen, dass wir den Bericht vielleicht noch zwei, drei anderen Ausschüssen im Haus zur Verfügung stellen, weil ich glaube, dass die Grundlagen manchmal einfach gut zu wissen sind. Stadtentwicklung wäre es sowieso gewesen, vielleicht noch Mobilität dazu und Umwelt; dann hätten wir da, glaube ich, eine ganz gute Sache. – Die kritischen Punkte hat die SPD-Fraktion schon geäußert.

**Vorsitzender Stephan Schmidt:** Vielen Dank! – Herr Goiny, bitte! – [Torsten Schneider (SPD): Das ist doch dein Thema!] –

**Christian Goiny (CDU):** Ich glaube, das ist unser aller Thema! Wir haben das hier im Rahmen der Haushaltsberatungen auch gemeinsam verabredet. Da kriegen wir Anfang des Jahres einen Bericht, deswegen war es ein bisschen schade, dass wir den Bericht zur Beschleunigung von Verwaltungs- und Verfahrensabläufen ausgesondert und in den Unterausschuss Personal geschickt haben. Denn im Grunde genommen gehören diese ganzen Themenstellungen, auch, was Kollege Hofer gerade zu Recht angesprochen hat, natürlich hier im Zusammenhang diskutiert, und auch nicht unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Das ist ein Thema, und das merkt man auch überall in der Stadt, das alle bewegt. Das hat ganz viele Facetten. Insofern finde ich es wirklich gut, dass die SPD-Fraktion das hier aufgegriffen hat und wir eine relativ umfangreiche Vorlage bekommen haben, zu der wir wahrscheinlich im Gesamtzusammenhang im März, oder wann auch immer wir diesen Bericht hier haben, noch mal weiter diskutieren.

Ich finde, die Vorlage bleibt immer dann ein bisschen zu kurz – die Problembeschreibung ist ja okay –, wenn man sagt: Da müsste man was ändern, und dann, naja, also da müsste man Verwaltungsverfahren, Vorschriften, Verordnungen, Gesetze ändern. – Da wird es dann immer ein bisschen nebulös. Sie schreiben dann B-Plan-Verfahren beschleunigen, weisen auf die Probleme hin, sagen aber dann: Ja, aber selbst wenn wir einen B-Plan haben, gibt es viele, die nicht bauen. – Das war ja nicht die Fragestellung. Die Fragestellung war tatsächlich: Wie kann man ein B-Plan-Verfahren straffen, abkürzen, effizienter machen? – Sie haben in diesem einen Punkt beim Bauordnungsrecht auch noch mal gesagt, dass zu beachtende Vorschriften und so weiter umfangreich sind, sie nehmen zu, und da gibt es auch Ideen, was abzukürzen.

Wozu wir mal kommen müssen, und das kriegen wir natürlich nur mit der Verwaltung hin, wenn Sie sich einfach mal aus Ihren Prozessen her anschauen: Wenn das Ziel ist, etwas schneller zu machen – was kann und muss man dann anders organisieren im Verwaltungsver-

fahren, in den Rahmenbedingungen, in den Vorgaben? Wo kann man denn etwas machen, damit es schneller geht?

Am Ende haben wir immer die Kostensteigerungen auf der Zeitschiene. Die werden wir in den nächsten Jahren auch nicht abstellen können, aber wenn wir dann lange brauchen, es so wieso teurer wird, und wir dann einfach das Ergebnis nicht haben, ist das problematisch. Herr Staatssekretär Gaebler, wir haben ja bei dem Tagesordnungspunkt eben eine ganze Menge B-Plan-Vorhaben diskutiert, und ich sage es mal zusammengefasst: An all diesen Standorten passiert in dieser Wahlperiode gar nichts. – Das ist so ein bisschen die Problemlage. Wir brauchen so lange, und wir müssen mal den Mut haben, einen Schritt weiter zu gehen und zu sagen: Wenn wir wirklich mal schneller was erreichen wollen, dann muss man auch einfach mal ein bisschen quer denken und revolutionärer werden und sagen: Dann müssen wir uns von bestimmten Verfahrensschritten, von bestimmten Dingen, die wunderbar sind, wenn man sie hat, die aber dazu führen, dass in fünf bis zehn Jahren nur eine Schule gebaut wird oder irgendetwas anderes, lösen. – Wir können ja die Liste unserer Tagesordnung durchgehen, und wir haben im Grunde bei jedem Tagesordnungspunkt das gleiche Grundproblem. Dazu müssen wir im Grunde genommen kommen.

Das ist meine Bitte und mein Appell an Ihre Verwaltung, von der ich weiß, dass es da viele gibt, die genauso denken und das auch wollen. Es ist ja auch für jemanden in der Verwaltung kein erfreulicher Zustand, wenn er an Projekten jahrelang arbeitet, und es geht gar nicht voran, weil immer irgendeine Verfahrenshürde oder irgend ein Umstand, der noch planungsrechtlich berücksichtigt werden muss, dazu führt, dass es einfach nicht weitergeht. Da müssen wir einfach den Mut aufbringen zu sagen: Das müssen wir jetzt mal ändern.

Diese Vorschläge und diese Prozesse einzuarbeiten in eine Liste – – Wir müssen ja gar nicht abstrakt über Verwaltungsverschlingung, Modernisierung und was es alles für unterschiedliche Vorschläge gibt, diskutieren, wenn wir hier, wenn wir es konkret diskutieren, gar nicht den Mut haben, sowas auch zu formulieren. Sie in der Bau- und Stadtentwicklungsverwaltung sitzen doch ganz klar an einer Stelle, die operativ entscheidend ist und die so etwas auch mal formulieren können muss. Wir brauchen da die Expertise aus Ihrem Haus. Das wäre meine Bitte: in der Verwaltung selbst wirklich noch mal zu gucken, wo man entscheidende Verfahrensverkürzungen erreichen kann. Wir wollen demokratische Mitbestimmungsprozesse natürlich nicht abschneiden, aber dass das alles so lange dauern muss, dass das gar nicht anders geht, kann mir keiner erzählen. Ich glaube, dass es einen Großteil der Unzufriedenheit vieler Leute in unserer Stadt und in unserem Land ausmacht, dass sie das Gefühl haben, die Dinge gehen nicht richtig voran. Bei solchen Themen können wir, glaube ich, einen guten Beitrag leisten, und ich hoffe, dass wir, wenn wir dann Anfang des Jahres diesen Bericht in der Umsetzung der Auflage zum Haushalt diskutieren, vielleicht an der einen oder anderen Stelle ein paar konkretere Punkte gemeinsam diskutieren und hoffentlich hier im Parlament umsetzen können.

**Vorsitzender Stephan Schmidt:** Vielen Dank! – Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. – Bitte schön, Herr Staatssekretär!

**Staatssekretär Christian Gaebler (SenSBW):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Meine Damen und Herren Abgeordnete! Man könnte natürlich eine Stunde darüber referieren, was

man noch alles an Ideen umsetzen könnte. Das will ich Ihnen jetzt ersparen, wir können uns da ja auf Januar vertagen.

Ich will vorweg mit einem Irrtum aufräumen, Herr Goiny: Von den Vorhaben, die ich unter TOP 30 aufgelistet habe, gehen wir schon davon aus, dass wir vielleicht bei der Hälfte mit einem Baubeginn noch in dieser Legislaturperiode, die ja übrigens bis Ende 2026 geht, rechnen können. Insofern ist Ihre Einschätzung, dass da mit keinem angefangen wird, jedenfalls nicht unsere Einschätzung; sagen wir mal so.

Zu Herrn Hofer: Ich kann das alles gut nachvollziehen. Ich selbst bin durchaus auch gelegentlich ein ungeduldiger Mensch; die Kollegen hinter mir wissen, wovon ich rede. Aber es gibt einfach eine Gemengelage, die ich niemandem vorwerfe – nicht, dass das falsch verstanden wird –, aber wir sehen uns halt damit konfrontiert, dass wir sehr eng gesteckte Rahmenbedingungen haben, einerseits durch Gesetze und gesetzesähnliche Vorschriften, die von Parlamenten erlassen werden, nicht nur von diesem, auch von anderen, und die wir nicht so einfach außer Kraft setzen können, die Verwaltungen natürlich teilweise auch vorschlagen, das machen teils aber auch andere Fachverwaltungen. – [Heiko Melzer (CDU): Alle anderen sind schuld!] – Nein, das ist der nächste Punkt: dass es eben auch sehr fachspezifische Sichtweisen auf die Dinge gibt, wo immer nicht so richtig darauf geguckt wird, wie wir es so hinkriegen, dass es sich auch beschleunigt und wir nicht immer noch mehr Sachen abarbeiten müssen und Dinge dadurch verzögern.

Wir haben eine Rechtsprechung, der gefolgt werden muss, sodass man bestimmte Dinge antizipieren sollte – davon kann Herr Adam sicherlich längere Geschichten erzählen –, indem man ganz viele Dinge vorsorglich prüfen muss, um nicht vor Gericht zu scheitern und dann noch länger zu brauchen, bis man etwas bauen kann.

Wir haben natürlich auch das Thema Personal, das es nicht an allen Stellen so ausreichend gibt, dass es diese ganzen Prüfschritte erfüllen kann. Wir haben Planungsvorgaben und Kontrollmechanismen. Ich will jetzt nicht die Landeshaushaltsordnung und begleitende Regelungen auch des Hauptausschusses erwähnen, die auch nicht immer zu einer Beschleunigung beitragen, so richtig sie aus Sicht des Haushaltsgesetzgebers natürlich sind.

Insofern ist es wahrscheinlich so, und das können Sie auch zu Recht bemängeln, dass am Ende immer alle sagen: Irgendwie müssen wir jetzt sehen, dass es läuft, denn diese Gemengelage kriegen wir sowieso alleine nicht aufgelöst. – Das Ziel, das wir alle gemeinsam haben, ist, dass sich wirklich mal alle zusammensetzen und sagen: Wie kriegen wir das denn jetzt aufgelöst? – Das wird öfter mal versucht auf Bundesebene, der Pakt zur Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren wurde gerade von Herrn Hofer angesprochen. Das war auf der letzten Konferenz der Chefs und Chefinnen der Staats- und Senatskanzleien Thema, wird auch auf der Ministerpräsidentinnenkonferenz Thema sein. Ich darf jetzt mal sagen, dass ich als CdS das Thema vor ich glaube drei Jahren auch auf der Tagesordnung von Sitzungen hatte. Das kommt immer wieder; dann gibt es eine große Runde dazu, und am Ende versandet es irgendwo in den Tiefen der jeweiligen Administration.

Ich verstehe die Ungeduld, ich verstehe andererseits aber auch, dass Verwaltung sagt: Das ist so ein großes Rad, da sollen sich mal andere drum kümmern, weil wir ohnehin so viel zu tun

haben und wollen, dass das irgendwie am Laufen bleibt. – Wir bemühen uns gerade, in dem Bündnis für Neubau und bezahlbares Wohnen auch genau solche Sachen zu diskutieren.

Was können wir in Berlin hier machen? – Wir haben jetzt zum Beispiel einen intensiven Prozess gehabt zwischen der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen und der Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz zum Thema Prüfverfahren und haben, glaube ich, auch Wege gefunden, wie wir bestimmte Dinge vereinfachen und beschleunigen.

Man muss sich dann aber auch überlegen, wenn ich jetzt mal das leidige Thema Bauordnung ansprechen darf: Wenn man sagt, es muss alles in der Bauordnung verankert werden und noch einen Prüfschritt und noch einen Prüfschritt, ob jetzt jemand einen Schottergarten hat oder nicht, muss das Bauamt auch prüfen – das kann man auch auf anderem Wege lösen. Aber diese Neigung zu sagen: Es muss eine gesetzliche Regelung geben –, die dann einen entsprechenden vorlaufenden Prüfaufwand mit sich führt und dann die Genehmigung eben verzögert, ist etwas, was der Gesetzgeber in der Hand hat. Insofern müssen wir uns, glaube ich, tatsächlich mal in einer Runde zusammensetzen, wo wir alle sagen: Jetzt schauen wir auch mal, ob es schlau ist, im Naturschutzgesetz zu sagen: Sämtliche Ausgleichsmaßnahmen müssen im Berliner Stadtgebiet gemacht werden? –, wohl wissend, dass die Möglichkeiten dafür begrenzt wären. Ist es schlau, in der Bauordnung noch 20 zusätzliche Prüfschritte einzuführen, wenn man eigentlich etwas beschleunigen will? – Das müssen wir uns dann tatsächlich mal gemeinsam angucken.

Da sind wir als Bauverwaltung, glaube ich, vorne mit dabei. Ich will gar nichts gegen die anderen Fachverwaltungen und ihre Belange sagen, aber ich glaube, da gibt es schon den einen oder anderen, der da leichtes Stirnrunzeln bekommt, weil er sagt: Mein Thema ist aber so wichtig, das kann nicht aus dem Prozess rausfliegen. – Oder man versteckt sich hinter EU- oder Bundesrecht. Auch das kann man aber an bestimmten Stellen auslegen und verfahrensfreundlicher anwenden. Da sind wir uns einig, und wir nehmen das gern noch mal als Anregung, dass wir uns senatsseitig noch mal zusammensetzen und sehen. Es gibt jetzt von mehreren Seiten immer wieder das Beschwören, dass man die Verwaltung jetzt mal entschlacken und Prozesse beschleunigen muss. Das höre ich gerne, wenn alle es dann auch so umsetzen in den Diskussionen, die es gibt, was in der Vergangenheit auch nicht immer der Fall war für alle Beteiligten. Dann kommen wir da auch gemeinsam weiter, glaube ich. Wir werden uns dann für den Januar entsprechend vorbereiten und vorbesprechen. Die Kolleginnen und Kollegen, die hier gerade vertreten sind, sind jedenfalls sicherlich sehr auf Ihrer Linie.

**Stephan Schmidt** (CDU): Vielen Dank! – Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann kann der Bericht mit der roten Nummer 0554 zur Kenntnis genommen werden.